

Extrem rechte Tatmotivationen müssen ernst genommen werden

Eineinhalb Jahre nach dem Brandanschlag auf das Jugend- und Kulturzentrum "Die Friese" wurden Ende September die Fahrzeuge und Wohnungen von drei Tatverdächtigen durchsucht. Damit erhärtet sich die Einschätzung, an der für die Betroffenen des Brandanschlags von Anfang kaum Zweifel bestand: dass es ein extrem rechter Anschlag war, der zum Tod von Menschen hätte führen können. Die lange Ermittlungsdauer und der Umgang der Innenbehörde lösen bei den Betroffenen weiterhin Unverständnis aus.

In der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 2020 wurden während eines Konzerts im Bremer Viertel zwei Brandanschläge verübt. Über den politischen Hintergrund und die Motivation der Täter*innen bestand von Anfang an wenig Zweifel. So wurden am Tatort Erkennungszeichen hinterlassen, die neonazistischen Organisationen zugeordnet werden konnten. Dennoch gibt es bis heute berechnete Zweifel, ob die politische wie auch die potentiell tödliche Dimension des Anschlags entsprechend ernst genommen wurde.

Zu diesen Zweifeln trägt zum einen die lange Ermittlungsdauer bei. Es wirkt für die Betroffenen, als wäre von Seiten der Ermittlungsbehörden keine Priorität auf die Aufklärung gelegt worden. Auch wurde ihnen eineinhalb Jahre lang das Gefühl gegeben, es werde daran nicht mit Hochdruck gearbeitet – trotz eindeutiger Hinweise auf die politische Tatmotivation. Zudem scheinen die gravierenden Folgen für die Betroffenen bis jetzt nicht wahrgenommen zu werden. Eine Sprecherin der Beratungsstelle *soliport*, die Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützt, sagt dazu: „Die Polizeimeldung zu den Durchsuchungen spricht fälschlicherweise davon, dass bei dem Brandanschlag niemand verletzt worden sei – dabei haben mehrere Besucher*innen am Tatabend Rauchvergiftungen erleiden müssen und infolge des Anschlags Posttraumatische Belastungsstörungen entwickelt.“ Diese Darstellung bedeutet einen Schlag ins Gesicht für diejenigen, für die ein normaler Konzertabend zu einer traumatischen Erfahrung wurde. Zudem wird verharmlost, dass bei dem Brandanschlag Menschen hätten sterben können. Angesichts des brutalen, mutmaßlich extrem rechten Anschlags auf „Die Friese“ verwundert es, dass öffentliche Zeichen der Solidarität mit der Friese, beispielsweise von Seiten der Bürgerschaft, bislang weitestgehend ausgeblieben sind. All dies bedeutet eine immense Belastung für die Betroffenen, die mit dem Erlebten mühsam einen Umgang finden müssen.

Die neusten Entwicklungen in dem Fall steigern nur die Verunsicherung der Betroffenen. Durch eine Anfrage an den Bremer Senat zum Thema *"Rechte Gewalt und rechter Terror in Bremen und dem Umland"*¹ wurde bekannt, dass sich die aktuellen Ermittlungen gegen Mitglieder der militanten Neonazigruppierung „Phalanx 18“ richten. Die Gruppe verübte in der Vergangenheit Angriffe auf Menschen, die sie als politische Gegner*innen einstufte und wurde im November 2019 durch den Bremer Innensenator verboten. „Dass nun im Raum steht, dass Mitglieder dieser Vereinigung noch Monate nach ihrem Verbot einen potentiell tödlichen Brandanschlag verüben konnten, lässt aufhorchen“, so André Aden, Sprecher vom *Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus* im Bundesland Bremen. „Wenn sich diese Ermittlungen erhärten sollten, zeigt dies, dass eine verbotene Neonazigruppierung über eineinhalb Jahre im Bundesland Bremen nahezu

ungestört fortbestehen konnte.“ Interessant ist auch ein möglicher Zusammenhang mit weiteren Anschlägen, die sich allesamt nach dem Verbot der Gruppierung in Bremen und dem Umland ereigneten. „Hierzu zählen weitere Brandanschläge, die Pulverbriefserie wie auch kontinuierlich stattfindende Farbattacken mit rechtsextremen Hintergrund“, so Aden weiter.

Kontakt für Rückfragen

Andre Aden (MBT Bremen) +49 160 9875 7604

*soliport – Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen
Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Bremen und Bremerhaven (MBT)*

Die Beratungsstellen soliport und MBT befinden sich in Trägerschaft der Jugendbildungsstätte Lidicehaus.